

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870**

66 (18.3.1870)

# Beilage zu Nr. 66 der Karlsruher Zeitung.

Freitag, 18. März 1870.

## Badischer Landtag.

17 Karlsruhe, 16. März. 72. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hilbrandt. (Schluß.)

Bei 8) Hülenthal-Bahn, beantragt die Kommission, die Petitionen dem Staatsministerium dahin dringend zu empfehlen, daß baldmöglichst erschöpfende Untersuchungen zur Auffindung der zweckmäßigsten, den Anforderungen von Bau und Betrieb möglichst entsprechenden Richtungsline zwischen Freiburg und Donaueschingen vorgenommen werden möchten.

Dieser Antrag wird, nachdem Abg. Schupp sich dagegen verwahrt hatte, daß die Zustimmung zu dem Kommissionsantrag auch die spätere Zustimmung zum Bau der Bahn zur Folge haben müsse, angenommen.

Ueber 9) die Bitte des Gemeinderaths von Billingen eine Eisenbahn von Böhrnbach nach Kirnach, bezw. Billingen zu führen, im Falle eine Bahn von Freiburg durch das Bregthal gebaut würde, wird nach dem Kommissionsantrag zur Tagesordnung übergegangen.

Zu 10) Erbauung einer direkten Eisenbahn von Offenburg nach Kehl, wo die Kommission zur Zeit über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen beantragt, bemerkt

Abg. Eckhard, daß er sich dem Kommissionsantrag, da dieser nur „zur Zeit“ eine Befürwortung der Petition nicht für angezeigt halte, nicht widersetzen wolle. Wenn aber einmal die Kitzbühel-Bahn fertig sei, werde auch diese Bahn notwendig gebaut werden müssen. Redner bittet zugleich, daß in Appenweier für schnellere Beförderung des Gütertransportes gesorgt werde.

Ministerialpräsident v. Dusch verspricht, daß in letzterer Beziehung was möglich sei geleistet werden solle.

Zu 11) Erbauung einer direkten Eisenbahn zwischen Kehl und Doss auf Staatskosten, eventuell Konzessionierung einer Aktiengesellschaft zu deren Erbauung) beantragt die Kommission, zur Zeit über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Lender bedauert die Stellung dieses Antrags. Die fragliche Bahn hätte sich im Interesse des thätigen Hanauerlandes und insbesondere der Stadt Baden empfehlen lassen; nachdem die Bahn nach Eberbach bewilligt sei, könne auch eine solche nicht mehr verweigert werden.

Abg. Hummel: Die Berechtigung der Wünsche der Petenten als Angrenzer der früheren belebten Rheinstraße sei nicht zu verkennen, aber aus den in dem Berichte entwickelten Rücksichten auf das staatswirtschaftliche Interesse unseres Eisenbahnnetzes hält die Kommission zur Zeit Tagesordnung beantragt.

Ministerialpräsident v. Dusch: Bei der Eberbacher Bahn handle es sich darum, das Verkehrsgebiet des heftigen Oberrheins neu zu öffnen, hier dagegen verlange der allgemeine Verkehr diese Bahn durchaus nicht; nur dem lokalen Verkehr könnte dieselbe günstig sein.

Abg. Poppen hebt hervor: Vielleicht könnte man die Konzession zu dieser Bahn einer Gesellschaft geben, obgleich der Staatsbahn dadurch eine ziemlich unnötige Konkurrenzlinie geschaffen würde; aber da auch noch die Einräumung der Bahnhöfe in Kehl und Doss verlangt werde, gleichsam die Hauschlüssel zum fremden Haus, sei das Begehren offenbar abzulehnen.

Geh. Referendar Muth erklärt: Schon weil diese Bahn Konkurrenzbahn und durchaus kein dringendes Bedürfnis sei, empfehle sich die Verjagung der Konzession.

Abg. Lender: Auch im Verkehrsgebiete müsse sich das Prinzip der Freiheit geltend machen; jeder Landestheil, der dessen bedürftig, müsse eine Eisenbahn erhalten.

Der Berichterstatter Abg. Gerwig vertheidigt nochmals den Kommissionsantrag, welcher hierauf angenommen wird.

Zu 12) Bau einer Eisenbahn von Berghausen nach Grombach, wo die Kommission die Petition dem Staatsministerium zur Kenntniznahme und geeigneten Berücksichtigung mit dem Anfügen, daß man die Erbauung einer direkten Bahn von Karlsruhe über Eppingen nach Heilbronn für nützlich halte, zu empfehlen beantragt, und zu 13) Bitte von Neckarbischofsheim um Bau einer Bahn von Steinsfurt nach Heilbronn in Fortsetzung einer Bahn von Eppingen nach Steinsfurt, wo die Kommission Uebergang zur Tagesordnung beantragt, stellt Abg. Paravicini die Nothwendigkeit und die Richtung einer Kraichgau-Bahn mit Rücksicht auf die hierüber gedruckte Denkschrift dar. Diese Bahn sei vollkommen werth, gebaut zu werden; auch in württembergischen Orten hätten sich Komitees behufs Erbauung der Bahn gebildet. Redner bittet endlich, dem Kommissionsantrag beizutreten.

Abg. Lenz schließt sich diesen Ausführungen an, indem er zugleich den Anschluß dieser Bahn in Königsbach befürwortet.

Ministerialpräsident v. Dusch: Diese Bahnlinie werde wirklich für den Verkehr größere Bedeutung haben und verdiene besondere Berücksichtigung; aber die vom Redner vorgeschlagene Richtung sei gerade die weniger günstige.

Abg. Friderich hebt ebenfalls die Bedeutung dieser Bahn, möge sie in der Richtung nach Heilbronn oder nach Grombach gebaut werden, hervor.

Abg. Weber erklärt, dem Kommissionsantrag nicht zustimmen zu können.

Abg. Schupp hält eine Verbindung von Karlsruhe

nach Heilbronn für angezeigt, als eine über Grombach nach Würzburg. Wenn aber Württemberg den Anschluß bei Heilbronn nicht gestatte, so werde sich immerhin die Erbauung der zweiten Linie empfehlen. Redner beantragt, eventuell die letzten Petitionen auch zur Kenntniznahme zu überweisen.

Abg. Fröhlich schließt sich dem vom Redner ausgesprochenen Wunsche an, indem er hervorhebt, daß über Neckarbischofsheim ein eigenthümlicher Unstern schwebt. Es wäre daher wünschenswerth, wenn die Bahn über Steinsfurt nach Heilbronn gebaut werden würde, nachdem schon früher einmal Neckarbischofsheim eine Eisenbahn vor der Raie weggeschmachtet worden sei.

Ministerialpräsident v. Dusch: Württemberg werde wohl noch im Interesse von Heilbronn die Erbauung jener Bahn erlauben. Die Bahn nach Würzburg dagegen sei ganz überflüssig und höchstens Lokalbahn.

Abg. Paravicini hält ebenfalls die Heilbronner Bahn für vorzüglich.

Geh. Referendar Muth: Die Verhältnisse von Heilbronn und des Kraichgans leiten naturgemäß dahin, daß die direkte Bahn von Karlsruhe gebaut werden müsse. Redner bedauert ebenfalls, daß es vorerst unthunlich sei, nach Neckarbischofsheim eine Eisenbahn zu bauen.

Der Berichterstatter Abg. Gerwig empfiehlt nochmals die Erbauung der Linie von Karlsruhe nach Heilbronn.

Hierauf wird der Kommissionsantrag bei 3 ff. 12 und 15 angenommen.

Zu 13) (Petition der Stadt Bruchsal, die Genehmigung zur Vornahme von Projektionsarbeiten für eine Bahn von Bruchsal nach Germersheim betreffend) beantragt die Kommission Tagesordnung.

Abg. Weber wendet sich gegen diesen Antrag. Bruchsal sei in den letzten Jahrzehnten gar nicht begünstigt worden, und bekomme jetzt sogar den Verwaltungssitz genommen. Auch die Rheinthal-Bahn werde dem Verkehr von Bruchsal theilweise Abbruch thun, ebenso die projektierte Kraichgau-Bahn. Redner beantragt daher, die Petitionen um diese für den Verkehr und in strategischer Hinsicht bedeutende Eisenbahn der Regierung zur Kenntniznahme zu überweisen.

Ministerialpräsident v. Dusch: Das Interesse der dortigen Gegend sei schon hinlänglich durch Eisenbahnen vorläufig berücksichtigt. Jedenfalls greife die Erbauung dieser Eisenbahn von Bruchsal nach Germersheim so tief in die Interessen der Staatsbahn ein, daß der Staat sich die Erbauung und den Betrieb vorbehalten müßte. Man habe die Stadt Bruchsal das nicht sehr klare Petition gestellt, es möge ihr gestattet werden, die Projektionsarbeiten für diese Eisenbahn vorzunehmen und beschwere sich hier, daß ihr dies nicht gestattet worden. Da man aber der Stadt Bruchsal die Erbauung der Bahn doch nicht erlauben könne, sei die Vornahme dieser Projektionsarbeiten jedenfalls für diese Stadt ein überflüssiger Kostenaufwand und vorerst auch nutzlos.

Abg. Paravicini widerlegt die Behauptung, daß Bruchsal durch die Kraichgau-Bahn etwas entzogen werde.

Abg. Lamey: Das Begehren der Stadt Bruchsal sei nicht im Einklang mit dem einst von dieser Stadt durch die Eisenbahn gemachten Verdienste; denn heutzutage würde die Bahn über Bruchsal nach Stuttgart gar nicht mehr gebaut werden; sie hätte also gewiß keinen so dringenden Anspruch auf die jetzt verlangte Bahn, deren Bau einst, wenn auch mit Unrecht, als Staatsverrätheri bezeichnet worden. Jedenfalls könne diese Bahn von Bruchsal nach Germersheim nicht gebaut werden, ehe die Vorbedingungen dazu gegeben seien; dann aber, wenn diese vorhanden seien, werde sie mit Nothwendigkeit kommen. Was aber eine Lokalbahn zwischen Bruchsal und Graben solle, könne er nicht einsehen, da diese zu alimentiren der Stoff fast ganz fehle.

Abg. Weber befürwortet seinen Antrag nochmals.

Geh. Referendar Muth: Weber die allgemeinen Verkehrsinteressen noch die lokalen Verhältnisse Bruchsal's erfordern jetzt die Erstellung der fraglichen Eisenbahn.

Der Berichterstatter bittet, den Antrag des Abg. Weber abzulehnen aus dem von dem Redner und Abg. Lamey vorgebrachten Gründen.

Der Kommissionsantrag wird unter Ablehnung des Antrags des Abg. Weber angenommen.

Zu 14) (Bitte von Wiesloch um Ertheilung einer Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Wiesloch über Speyer, wo die Kommission Uebergang zur Tagesordnung beantragt, stellt Abg. Wundt den Antrag, die Petitionen der Regierung zur Kenntniznahme zu überweisen.

Abg. Lindau unterstützt diesen Antrag, die fragliche Eisenbahn kürze die Linie zwischen Paris und Prag bedeutend ab und sei besonders für Kohlenbeförderungen wichtig.

Ministerialpräsident v. Dusch: Diese Linie würde zwar wohl eine Abkürzung bewirken, aber gerade dadurch den andern Linien in lehrmäßiger Weise den Verkehr entziehen.

Geh. Referendar Muth: Für den lokalen Verkehr sei diese Bahn gar kein Bedürfnis.

Der Kommissionsantrag wird unter Ablehnung des Antrags des Abg. Wundt angenommen.

Zu 15) (Bitte um eine Bahn von Niegel über Sasbach nach Breisach, wo die Kommission Ueberweisung zur Kenntniznahme an die Regierung beantragt) empfiehlt

Abg. v. Kottek den Bau dieser für die weinpflanzende

Gegend sehr wichtigen Bahn und bittet, die Gemeinden thunlichst zu berücksichtigen.

Letzteres wird von Ministerialpräsident v. Dusch zugestimmt.

Abg. Dusch erklärt sich mit dem Kommissionsantrag als Vertreter des Bezirks einverstanden, sowohl in soweit derselbe den Antrag auf Staatsbau und Zinsgarantie ablehnt, als insofern die Unterstützung dieses Bahnprojekts empfohlen werde.

Abg. Frank spricht seine Ueberzeugung aus, daß die für den untern Kaiserstuhl sehr wichtige Bahn rentabel sein werde. Ebenso Abg. Richter.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Zu 17) (Petitionen um Herstellung einer Bahn Osterburken-Buchen-Morbach) beantragt die Kommission Ueberweisung zur Kenntniznahme in dem Sinne, daß für den Fall die Verbindung Osterburken-Morbach von einem Nachbarstaat oder einer Privatgesellschaft hergestellt würde, bei der Vereinbarung oder Konzessionierung auf diese Wünsche Rücksicht genommen werde.

Abg. Lindau: Die Heidelberg-Würzburger Bahn bedürfe, wenn sie sich rentiren solle, eines Anschlusses im Norden (Osterburken-Waldbrunn-Morbach). Die Stadt Waldbrunn wünsche dringend die Errichtung einer solchen Bahn.

Ministerialpräsident v. Dusch bemerkt, daß diese Bahn allerdings im Interesse der betreffenden Landestheile, aber noch mehr in dem von Bayern und Württemberg liege; wir hätten den Vortheil, mit Erbauung dieser Bahn diesen Staaten eine Konzession machen zu können, so daß es sich nicht empfehlen dürfte, von Seite Badens die Initiative zu ergreifen.

Nachdem der Kommissionsantrag auch hier angenommen worden, erstattet Abg. Gerwig Bericht über die nachträglich eingekommenen Petitionen, nämlich 1) über die Petitionen verschiedener Gemeinden um Erbauung einer Eisenbahn durch das Viebertal, wobei der Antrag auf Tagesordnung ohne Diskussion angenommen wird;

2) über die Petition bezw. Denkschrift um Erbauung einer Eisenbahn von Waiblingen-Sinsheim-Langenbrücken auf Staatskosten.

Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Abg. Schupp: So ganz unberechtigt sei das Begehren der Petition nicht, obgleich für die nächste Zeit keine Aussicht auf deren Erfüllung sei.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Bei 3), der Petition der Stadt Baden um Verlegung der Rheinthal-Bahnstationen in der Art, daß Baden unmittelbar an der Bahnlinie liege, wird von der Kommission, welche das Bedürfnis einer solchen kostspieligen Umwälzung der Verhältnisse der Rheinthal-Bahn nicht einsehen kann, Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Abg. v. Sulat hebt die Schwierigkeit, diese etwas zu spät gekommene Petition zu unterstützen, aber auch die Wichtigkeit hervor, die Rheinthal-Bahn an der Wäldstadt Baden vorbeizuführen. Baden habe eine ganz außerordentliche Bedeutung als Eisenbahn-Station, wie Redner aus statistischen Nachweisungen darthut; die Kosten der Zweigbahn werden wohl zur Hälfte dadurch gespart werden, daß eine direkte Bahn über Baden hergestellt werde. Es dürfte sich also doch empfehlen, daß die Regierung die angeregte Frage in Erwägung ziehe, besonders wenn die Nothwendigkeit des Neubaus des dortigen Bahnhofes hervortrete.

Der Antrag auf Tagesordnung wird ohne weitere Diskussion angenommen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Berichts des Abg. Schuster über das Budget des Großh. Finanzministeriums für die Jahre 1870 und 1871. I. Domänenverwaltung und II. Steuerverwaltung.

Am Ministerisch: Ministerialpräsident Ellstätter; Geh. Referendar Regener.

I. Domänenverwaltung.

Zu § 19 (Befolgungen der Bezirksverwaltung) befürwortet Abg. v. Sulat die Petition der Stadt Baden gegen die beabsichtigte Verlegung der Domänenverwaltung; besonders die Bewohner des hinteren Wurgthals hätten ein Interesse daran, daß eine Domänenverwaltung in Baden bestände. Auch seien die Badener nach Aushebung des Spiels auf jede Einnahmequelle angewiesen; die kleinen Wirtschaften erhielten aber durch das Bestehen der Domänenverwaltung vielen Zufluß aus dem Land.

Ministerialpräsident Ellstätter: Eine Entschliebung über die jetzt noch schwebende Frage der Verlegung dieser Domänenverwaltung sei noch nicht getroffen; man werde die Entscheidung nach dem dienstlichen Interesse und dem des Publikums treffen.

Zu § 23 (Befolgungen der Bezirksförster) empfiehlt Abg. Lülle die vorgeschlagene Erhöhung dieser Befolgungen; dieselbe wird angenommen.

Der Schlufsantrag der Kommission, für 1870 und 1871 die Einnahmen mit je 3,469,128 fl., und die Ausgaben mit je 1,660,884 fl. zu genehmigen, wird angenommen.

II. Steuerverwaltung.

Abg. Friderich gibt einen allgemeinen Ueberblick über die Verhältnisse der direkten und indirekten Steuern, und konstatiert dabei die fortwährende Zunahme aller Arten des Steuerkapitals, welche darthue, daß die Verhältnisse des Landes gesund und im Wachsthum begriffen seien. Nach

